



Sozialpolitische Forderungen zur Gemeinderatswahl 2024 Kurze Zusammenfassung und Ergebnis

Wir hatten 13 Parteien und Wählervereinigungen (zwei bewusst nicht) angeschrieben und Ihnen unsere sozialpolitischen Forderungen zukommen lassen.

Die Broschüre mit den Forderungen nochmal anbei.

Wir hatten um eine Rückantwort gebeten und 8 haben geantwortet, darunter alle Parteien und zwei Wählervereinigungen. Wir hatten aus den Forderungen eine verkürzte Liste gemacht, um es den Antwortenden leichter zu machen. Volt und GAL haben alle Forderungen uneingeschränkt bejaht und nichts modifiziert.

Die Antworten haben im Original auf unsere HP gestellt.

Sehr interessant ist natürlich auch die Programme genauer anzuschauen, aber das würde hier den Rahmen sprengen.

Sehr erfreulich war, dass bei allen Antworten die Wichtigkeit der sozialpolitischen Themen bejaht wurde und fast alle Forderungen und Vorstellungen des Bündnisses unterstützt werden. Zwar gibt es natürlich Ergänzungen und Modifikationen, aber im Grundsatz gab es auf die Forderungen fast kein echtes „nein“.

Diesen breiten Grundkonsens in sozialen Fragen, den wir ja auch beim jetzigen Gemeinderat oft erlebt haben, erhoffen wir uns auch beim neuen Rat und wenn wir die Aussagen der Parteien ernst nehmen können, ist er auch weitgehend gegeben.

So ist es Konsens, dass die soziale Infrastruktur nicht abgebaut werden darf, dass der Heidelberg Pass nicht in Frage gestellt wird und die Landschaft der Beratungsstellen erhalten bleibt und alle wünschen mehr Information und niederschwelligere Zugänge zu den Angeboten. Es wird mehr Information durch die Stadt gewünscht.

Eine gute Zugänglichkeit vor allem des Jobcenters bejahen alle, die FDP sieht da in der Digitalisierung Möglichkeiten. (das Bündnis sieht eher ein zuviel an Digitalisierung als Hemmschwelle)

Beim großen Thema Wohnen gibt es unterschiedliche Akzente. Die Linke will 50 % Sozialen Wohnungsbau, die CDU eher gut durchmischte Stadtquartiere, die Grünen betonen die Bedeutung von Wohngruppen, die SPD das Mitarbeitendenwohnen - aber allen ist gemeinsam, dass sie die sehr schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt für arme Menschen sehen. Das Modell von 30 % Einkommensmiete halten alle für richtig.

Was letztendlich in dieser Frage im PHV passieren kann, bleibt eher offen. Die Grünen verweisen auf den Masterplan, die FDP verweist auf die Randlage, die Linken glauben man kann da viel Wohnraum schaffen, die Bunte Linke ist bezüglich der Besonderheit als Leuchtturmprojekt skeptisch.

Beim Thema Inklusion sind auch alle einig, dass die Forderungen des Bündnisses richtig sind, die Grünen machen einige Vorschläge für den Freizeitbereich, die Linke will den ÖPNV schneller ausbauen, auch die CDU benennt inklusive Kinderbetreuung und Arbeitsplätze.

Beim Thema Flucht, Aufnahme und vor allem beim sehr aktuellen Thema Bezahlkarte gibt es die größten Unterschiede. SPD, Bunte Linke, Volt, Linke und GAL lehnen die Karte eher grundsätzlich ab, Grüne glauben, dass sie eh kommt und wollen sie möglichst wenig ausgrenzend ausgestalten, die FDP ist eher dafür und will Erfahrungen anderer auswerten, die CDU hält sich bedeckt. Immerhin wendet sich keine der Befragten dagegen mehr Geflüchtete in Heidelberg aufzunehmen, die CDU betont aber, dass dann auch Integrationsmöglichkeiten angeboten werden müssen.

Die Weiterentwicklung der Strukturen in den Stadtteilen wie Seniorenzentren, Jugendzentren, Quartiersmanagement zu „Familienzentren“ finden alle erstrebenswert, hier könnte Verwaltung, die sozialen Akteure und der Gemeinderat dieses Thema in der nächsten Legislatur aufgreifen.